

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden
Herausgeber: S. H. H. Schmidt, Dresden
Redaktion: S. H. H. Schmidt, Dresden
Verlag: S. H. H. Schmidt, Dresden

Druckerei: S. H. H. Schmidt, Dresden
Vertrieb: S. H. H. Schmidt, Dresden
Anzeigen: S. H. H. Schmidt, Dresden
Abbestellung: S. H. H. Schmidt, Dresden

Druck: S. H. H. Schmidt, Dresden
Verlag: S. H. H. Schmidt, Dresden
Anzeigen: S. H. H. Schmidt, Dresden
Abbestellung: S. H. H. Schmidt, Dresden

Vor der großen Kanzlerrede in Lausanne

Aussprachen mit Herriot und Macdonald

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 16. Juni. Die Besprechung der sechs einladenden Mächte beschloß heute nachmittags eine Einigung über die morgige Generaldebatte der Konferenz. Es bleibt dabei, daß die Konferenz vorläufig hinter verschlossenen Türen tagt. Als erster wird der deutsche Reichskanzler morgen vormittag den deutschen Standpunkt darlegen. Auch er wird sich anscheinend mit der Weltkette und ihren Urkräften befassen. Man kann annehmen, daß er dabei, an Macdonalds heutige Rede anknüpfend, den Faden weiterspinnen wird.

Wir erwarten, daß er an der Entschlossenheit des deutschen Volkes, nun endlich Schluss mit dem traurigen Kapitel der Tribunale zu machen, keinen Zweifel lassen wird.

Die Entschlüsse der Glasbinder, gerade auch der Engländer, werden wesentlich davon abhängen, ob man Deutschland ein endgültiges Nein und eine unerschütterliche Festigkeit in allen für Deutschland lebenswichtigen Fragen aufträgt, oder ob man uns doch noch durch Drohungen oder Lockungen etwas weismachen zu können glaubt. Die deutsche Erklärung wird, so hoffen wir, auch jedes Wort vermeiden, das später als neue Fesselung auf die juristische Verbindlichkeit des Youngplans oder überhaupt auf irgendeinen der aus dem Versailler Vertrag erwachsenen Verträge gedeutet werden könnte.

Nach dem Reichskanzler werden morgen der Reihe nach der französische Ministerpräsident, der englische Schatzkanzler, der italienische Außenminister und ein Vertreter Belgiens reden. Man hofft, morgen auf diese Weise mit der Generaldebatte fertig zu werden, um dann zu konkreten Einzelfragen überzugehen zu können.

Der Reichskanzler erhielt am Spätnachmittag den Gegenbesuch Herriots.

Es wird berichtet, daß die Unterredung relativ günstig verlief, bei voller Offenheit auf beiden Seiten. Herriot scheint die innerpolitischen Schwierigkeiten, vor denen er steht, nach alter Irland-Manier, unterföhren zu haben, um Konzessionen auszuwirken. Ferner hatte Herr v. Papen eine einständige Unterredung mit Macdonald. Ebenso hatte der deutsche Außenminister gründliche Aussprachen mit dem belgischen Ministerpräsidenten und dem britischen Außenminister.

Irgendwelche Entscheidungen hat der heutige Tag nicht gebracht.

Es bleiben aber neben manchen günstigen eintags bedenkliche Stellen in Macdonalds Ausführungen übrig, denen unsere Delegation große Beachtung schenken sollte. Die Atmosphäre

ist — entgegen vielen düsteren Prophezeiungen — hier durchaus angenehm, und unterscheidet sich jedenfalls nicht in ungünstiger Weise von anderen Konferenzen der letzten Jahre. Die persönlichen Beziehungen des deutschen Außenministers sind in keinem Falle zu beklagen. Trotzdem ist natürlich nicht der geringste Grund zu irgendwelchem Optimismus vorhanden.

Die eigentlichen Schwierigkeiten stehen noch bevor. Wir hoffen auch, daß Herr v. Papen sich durch ein gewisses äußeres Entgegenkommen Herriots in diesem vorbereitenden Stadium der Konferenz nicht betrunken läßt.

Nach wie vor nimmt man an, daß eine bedingungslose endgültige Lösung der Tributfrage hier nicht erreicht werden kann.

Von der nächsten Woche an werden auch die Arbeitsfragen wieder stark im Vordergrund stehen. Man erwartet, daß die maßgebenden Minister sogar zu diesem Zweck vorübergehend nach Genf reisen werden.

Der englische Außenminister Sir John Simon begibt sich am Freitag nach Genf, um mit dem amerikanischen Botschafter Gibson und dem Generalsekretär des Völkerbundes zu verhandeln. Diese Reise soll eine unmittelbare sachliche Verbindung zwischen Tribu- und Arbeitsfragen herstellen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Verbindung dieser beiden Fragen auf deutscher Seite bisher stets abgelehnt worden ist.

Morgen trifft hier der Präsident der österreichischen Nationalbank, Dr. Riessler, ein, um einen letzten Appell an den jetzt in Lausanne verammelten gemischten Völkerbundsausschuß für Österreich zu richten.

Oesterreich wird das Transferratorium erklären, falls es nicht in wenigen Tagen die ihm in Aussicht gestellte Anleihe von 100 Millionen Schilling bestimme erhält.

Von der bekanntlich England und Frankreich je 100 Millionen übernehmen sollen, während der Rest auf mehrere Staaten, hauptsächlich Italien, verteilt würde. Ein starkes Moment der Unsicherheit bilden immer noch die politischen Forderungen Frankreichs, die anscheinend immer noch an jede Beteiligung der Franzosen an dieser Anleihe geknüpft werden. Es wird nun versucht, Frankreich in dieser entscheidenden Lage von Ansprüchen abzubringen, die jede Sanierung Oesterreichs in unabsehbare Ferne rücken müßten. Dafür will man den Franzosen aufzählen, daß die Hilfe für Oesterreich den Anfang einer Ostsaktion für den ganzen europäischen Südosten, also auch für die dort notleidenden Vasallen Frankreichs bilden würde.

Arbeitsdienst, Wirtschaftswende?

Wenn eine Aktiengesellschaft so schlecht gewirtschaftet hat, daß an Stelle der Reserven Schulden getreten sind und das Unternehmen infolge des Fehlens von Betriebsmitteln und von Krediten am Rande des Ruins steht, dann ist die notwendige Folge, daß die Verwaltung entweder freiwillig oder gezwungen ihre Ämter zur Verfügung stellt. Ebenso selbstverständlich ist, daß die neuen Männer, die an ihre Stelle berufen werden, zuerst einmal wieder Betriebsmittel für die Fortführung beschaffen müssen, was allein dadurch geschehen kann, daß man die Aktionäre bewegt, noch einmal Zuschüsse zu leisten. Aber dieses Opfer wäre unsinnig, wenn nicht zugleich damit ein grundsätzlicher Wandel in der Verfaßung einträte, der die Rentabilität wieder sichert. In ähnlicher Lage befindet sich Deutschland. Niemand konnte erwarten, daß allein durch den Rücktritt Brüning und durch die Amtübernahme des neuen Kabinetts an Stelle des Defizits von 1000 Millionen Mark aus geheimnisvoller Quelle neues Geld in die leeren Kassen fließen würde. So notwendig es also sein mußte, zunächst einmal wieder etwas Betriebskapital für die Fortführung der laufenden Geschäfte zu bekommen, so einleuchtend ist zugleich, daß eine Sanierung der Reichsanlagen nur möglich ist, wenn zugleich wirkungsvolle Maßnahmen getroffen werden, die die Wirtschaftskrisis aufhalten und die Erwerbslosigkeit bekämpfen. Weiter muß in dieser Hinsicht der Regierung v. Papen der schwere Vorwurf gemacht werden, daß sie sich bis jetzt nur auf dürftige Änderungen beschränkt hat. Staatlich richtig wäre es gewesen, wenn sie mit ihren neuen Steuerforderungen gleichzeitig einen ausgearbeiteten Sanierungsplan vorgelegt hätte. Dieser Augenblick ist verstreut worden. Jetzt kommt alles darauf an, daß unmittelbar nach Lausanne ein fertiger Sanierungsplan erscheint, weil sonst der Schrumpfungsvorgang, der auch aus Papens Notverordnung unausweichlich folgen muß, ebensicher seinen Fortgang nimmt, wie das im Verlauf der Brüning'schen „Sanierungs“-politik mit wachsenden Steuern geschah.

Wir benötigen also einen konstruktiven Plan der Wirtschaftsbelebung. Wenn neue Steuern Wirtschaftsstrukturen, wachsende Erwerbslosigkeit und damit neue Defizite hervorrufen, dann kann der Ausweg nur darin gefunden werden, daß eine entschlossene Staatsführung nach Sicherung des Massenbedarfs die Steuern rückwärts heruntersetzt, um damit die entgegengesetzte Wirkung, also Wirtschaftsbelebung, schwindende Erwerbslosigkeit und sinkende Staatseinkünfte, sowie das Mitgehen bisher verkehrter Steuerrenten zu erreichen. Selbstverständlich erfordert das einen selbstbewussten Energieaufwand für den Staat, um den unvermeidlichen Widerstand an Steuermaßnahmen bis zum vollen Funktionieren des neuen Mechanismus zu decken. Die Regierung bedente, daß die Zeit zu einer Wirtschaftsankurbelung gar nicht so unendlich ist. Man verneigenwärtige sich nur, daß die Rumung der Warenlager jetzt in einer Volkswirtschaftsbedeutung ist, die ohne Verluste dahinst. Seit 1929 wurden für 7 Milliarden altepelte Waren verkauft. Schon geringe Erleichterungen für die Produktion und Hand in Hand damit die Sicherung stabiler Preise können zum ausreichenden Anreiz für eine Belebung der Konjunktur werden. Denn die Deflation, die den Geldwert künstlich heigert, muß die Lagerhaltung zu einem ersten Risiko machen. Es bedarf zur Ueberwindung dieser Schwierigkeit nur des Anstoßes durch eine zur Föhrung entschlossene Reichsregierung.

Die Möglichkeiten zu handeln besteht das gegenwärtige Kabinett wie kein zweites, weil es dem Streik der Interessenten und Parteien völlig entrückt ist. Es kann vor allem nach eine Tat vollbringen, die schon lange eine zwinrende Notwendigkeit geworden ist, die aber die Regierung Brüning nicht durchzuführen wagte, weil die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften hierin einen Eindruck in ihre gewerkschaftlich-sozialpolitischen Entwürfe befürchteten: die Einföhrung des allgemeinen Arbeitsdienstes. In der Rundgebung der Reichsregierung zur Notverordnung findet sich ein Geb. der von der Notwendigkeit einer gleichbewirkten Binnenmarktpolitik, insbesondere unter Zuhilfenahme des Arbeitsdienstes durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der Siedlung beruht. Aber diese ersten Ankündigungen bedürfen der planmäßigen

Das Reich und die Süddeutschen Länder

Baden bleibt beim Uniformverbot

Karlsruhe, 16. Juni. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der badische Innenminister mit Rücksicht auf die in Baden gebräuchlichen Verhältnisse, entsprechend einer früheren badischen Regelung, ein allgemeines Uniformverbot bei Ausgehenden. Auch das in Baden bestehende Demonstrationsverbot bleibt durch die Reichsverordnung unberührt. Das Verbot von Bekleidungen ist bis auf weiteres verlängert worden.

Dessen bedauert...

Darmstadt, 16. Juni. Von heftiger amtlicher Seite wird n. a. mitgeteilt: Das Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationen, Aufmärschen, Umzügen, Durchmärschen und Sammeltransporten aller Art tritt wieder in Kraft. Das bisher auch für Dessen bestehende allgemeine Uniformverbot ist durch die neue Reichsverordnung aufgehoben worden. Der heftige Innenminister bedauert diese Maßnahme, sieht sich aber zur Zeit außerhande, eine andere Regelung zu treffen.

Ruhige Auffassung in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Juni. Die Rückwirkungen, die der Erlass der neuen politischen Notverordnung in Bayern und in Baden angeht, werden in Berlin ruhiger wahrgenommen als man erwarten würde. Man wartet im Reichsinnenministerium zunächst einmal ab, auf Grund welcher landesrechtlichen Bestimmungen die beiden süddeutschen Regierungen den Versuch einer Umgehung der Durchföhrung von Teilen der Notverordnung machen werden. Man erwartet in Berlin, daß man sich sowohl in München, als auch in Karlsruhe dazu verstehen wird, die getroffenen Maßnahmen mit Begründung amtlich zur Kenntnis der Reichsregierung zu bringen. Die badische Verfassung ist die einzige, die ein Notverordnungsrecht vorsieht.

Mit diesem Notverordnungsrecht wird voraussichtlich die badische Regierung, wenn sie etwas gegen die Uniformierung der SA-Beute unternehmen sollte, argumentieren.

Seitens des Reichs wird nun zu unteruchen sein, ob das Notverordnungsrecht der bayerischen Regierung nicht etwa „delegiertes Reichsrecht" ist.

Andererseits ist es in Baden, wo kein Notverordnungsparagraf in der Verfassung enthalten ist. Beide süddeutschen Regierungen werden sich im übrigen höchstwahrscheinlich auf die Pflichten der Länder beziehen, für Ruhe und Ordnung einzustehen. Kommt es nun aber beispielsweise am morgigen Tage in Baden dazu, daß die SA-Beute auf der Straße in Uniform erscheinen und die badische Polizei dagegen vorgeht, dann würde die Angelegenheit wahrscheinlich vor dem Staatsgerichtshof enden.

Wahrscheinlich werden sowohl die bayerischen wie auch die badischen Nationalsozialisten gegen die Sondermaßnahmen der gegen das Reich frontierenden süddeutschen Regierungen Stellung nehmen, und es würde dann ein politischer Prozeß entstehen, der vom Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs als der letzte Instanz verhandelt werden müßte. Darüber kann aber ziemlich viel Zeit vergehen. — Es ist nicht wahrscheinlich, daß, wenn es zur weiteren Aufspaltung des Konflikts kommen sollte, eine Aktion des Reichs noch während der Lausanner Konferenz erfolgt.

Rundfunkreden und die süddeutschen Sender

Berlin, 16. Juni. Die nationalsozialistischen Abgeordneten Straker und Pinkel haben sich gestern beim Reichsminister des Innern über die Sperre der süddeutschen Sender bei dem Rundfunkvortrag Strakers besprochen. Der Minister hat ihnen, wie der nationalsozialistische Pressedienst berichtet, geantwortet, er habe die Rede Strakers nicht unter die Waldreden gerechnet, die nunmehr ausdrücklich zugelassen seien, sondern als eine allgemeine Auffassung über die nationalsozialistische Bewegung. Er, Gauß, werde an die süddeutschen Regierungen mit dem Erlaß herantreten, die Waldreden geschlossen auf die dortigen Sender zu übernehmen.

Oberbürgermeister Dr. Kell wurde von der Staatspartei Ostfahlens zum Spitzenkandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt.

Heute: Der D.N.-Krafftahrer Seite 9 und 10